

## Substanzielles Protokoll 198. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 11. Dezember 2013, 14.15 Uhr bis 16.31 Uhr, im Rathaus

---

Vorsitz: Präsident Martin Abele (Grüne)

Beschlussprotokoll: Sekretär Mark Richli (SP)

Substanzielles Protokoll: Doris Schibli

Anwesend: 125 Mitglieder

---

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. [2013/412](#) \* Weisung vom 27.11.2013: FV  
Liegenschaftsverwaltung, Ergänzung von Baurechtsverträgen  
mit gemeinnützigen Bauträgerinnen mit einer Verlängerungs-  
option von 2 x 15 Jahren
3. [2013/413](#) \* Weisung vom 27.11.2013: FV  
Liegenschaftsverwaltung, Kauf der Gewerbe- und Wohnliegen- VHB  
schaft Röschibachstrasse 24/26, Quartier Wipkingen, von der  
Zürcher Kantonalbank ZKB; Abschluss eines befristeten Miet-  
vertrags über Gewerbe- und Büroflächen mit der Verkäuferin
6. [2013/309](#) Weisung vom 11.09.2013: FV  
Finanzverwaltung, Budget 2014, Genehmigung Budgetentwurf
9. [2013/420](#) E Postulat von Walter Angst (AL) vom 27.11.2013: FV  
Definierung eines Budget-Plafonds für alle IT-relevanten Ausga-  
ben der laufenden Rechnung

\* Keine materielle Behandlung

### Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

## G e s c h ä f t e

4562. 2013/412

**Weisung vom 27.11.2013:**

**Liegenschaftsverwaltung, Ergänzung von Baurechtsverträgen mit gemeinnützigen Bauträgerinnen mit einer Verlängerungsoption von 2 x 15 Jahren**

Zuweisung an die SK FD gemäss Beschluss des Büros vom 9. Dezember 2013

4563. 2013/413

**Weisung vom 27.11.2013:**

**Liegenschaftsverwaltung, Kauf der Gewerbe- und Wohnliegenschaft Röschibachstrasse 24/26, Quartier Wipkingen, von der Zürcher Kantonalbank ZKB; Abschluss eines befristeten Mietvertrags über Gewerbe- und Büroflächen mit der Verkäuferin**

Zuweisung an die SK FD gemäss Beschluss des Büros vom 9. Dezember 2013

4564. 2013/309

**Weisung vom 11.09.2013:**

**Finanzverwaltung, Budget 2014, Genehmigung Budgetentwurf**

Beratungsgrundlagen:

- Zahlenteil (Entwurf des Stadtrats) vom 11.09.2013
- Produktgruppen-Globalbudgets (Entwurf des Stadtrats) vom 11.09.2013
- Novemberbrief vom 06.11.2013
- Bericht der Rechnungsprüfungskommission (RPK) vom 25.11.2013
- Anträge der RPK vom 25.11.2013, einschliesslich Anträge von Ratsmitgliedern und Übersicht über die mit dem Budget zu behandelnden Vorstösse

Namens der RPK nimmt der Präsident Roger Liebi (SVP) Stellung.

**Roger Liebi (SVP):** Der Stadtrat legt dem Gemeinderat ein Budget mit einem Aufwandüberschuss von 231 Millionen Franken vor. Gegenüber dem Budget 2013 steigt der Gesamtaufwand um 154 Millionen Franken. Ausgehend von der Rechnung 2012, dem voraussichtlichen Defizit 2013 und dem vom Stadtrat budgetierten Defizit 2014 wird das Eigenkapital der Stadt von 723 Millionen Franken auf 393 bis 373 Millionen Franken sinken. Würde man die Schuld gegenüber der Pensionskasse dazurechnen, wäre das Eigenkapital fast aufgebraucht. Der Personalaufwand steigt weiterhin an, insbesondere durch Steigerung der Personalstellenwerte in den Bereichen Gesundheitswesen und Schulamt. Der Sachaufwand steigt um 1,7 Milliarden Franken. Die geplanten Investitionen liegen im Vergleich zur Rechnung 2012 um 410 Millionen Franken höher, gegenüber dem Budget 2013 aber auch um 40 Millionen Franken tiefer. Der Selbstfinanzierungsgrad sinkt auf 40,5 %. Der Kanton gibt 70 % als langfristige Grösse an. Die Auswirkungen der Finanzkrise, der Regulierung und der Neuausrichtung in der Finanzbranche machen sich weiterhin bei den Steuereinnahmen der juristischen Personen bemerkbar. Es werden 65 Millionen Franken weniger Einnahmen erwartet. Immerhin sollen die Steuereinnahmen der juristischen Personen im Vergleich zum Budget 2013 um 16 Millionen Franken steigen. Der Gesamtsteuerertrag ist auf einem Rekordniveau von über 2,5 Milliarden Franken. Das Budget 2014 steht in einem engen Zusammenhang mit dem Aufgaben- und Finanzplan (AFP). Dieser geht davon aus, dass 2016 ohne die im

*stadträtlichen Projekt 17/0 umschriebene Leistungsüberprüfung ein Bilanzfehlbetrag von 629 Millionen Franken resultieren wird. Das jährliche Defizit der Stadt weist mittlerweile teilweise strukturellen Charakter auf. Die RPK fordert den Stadtrat nachdrücklich auf, das Projekt 17/0 tatsächlich in Angriff zu nehmen und im Rahmen von 17/0 eine glaubwürdige Verzichtspannung durchzuführen. Weiter hat die RPK festgestellt, dass in den Bereichen Human Resources und Informatik Doppelspurigkeiten bestehen. Auch hier muss der Stadtrat Gegensteuer geben und eine Plafonierung ins Auge fassen. Zudem sind wir skeptisch, was die Budgetierung des Stadtrats in Bezug auf die Globalbudgets betrifft. Die RPK hat einige Anträge, auf die wir am Schluss der Debatte zurückkommen werden.*

(Fraktionserklärungen siehe Protokoll-Nrn. 4565 – 4571)

An den nachfolgenden Fraktionserklärungen werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

**4565. 2013/433**

**Erklärung der SP-Fraktion vom 11.12.2013:  
Finanzverwaltung, Budget 2014, Genehmigung Budgetentwurf**

Namens der SP-Fraktion verliest Min Li Marti (SP) folgende Fraktionserklärung:

Grund zur Vorsicht, aber kein Grund zur Panik

Das vom Stadtrat vorgelegte Budget 2014 für die Stadt Zürich prognostiziert ein Minus von über 230 Millionen Franken. Dieses negative Ergebnis ist wesentlich auf ausbleibende Steuererträge zurückzuführen. Das Eigenkapital beträgt noch 450 Millionen Franken. Entsprechend gibt es keinen Grund zur Panik, wie sie von bürgerlicher Seite verbreitet wird. Doch ist Vorsicht angebracht: Um mittelfristig einem Bilanzfehlbetrag vorzubeugen, wird die SP in der diesjährigen Budgetdebatte einigen Kürzungsanträgen zustimmen. Die SP hat Aufträge an Dritte, Doppelspurigkeiten in der Verwaltung, Stellenschaffungen und Bauprojekte kritisch überprüft und trägt dort Kürzungen mit, wo dies ohne böse Folgen für Bevölkerung und Personal möglich ist. Wir respektieren die Volksentscheide, die einen Ausbau der Kinderbetreuung, günstigen Wohnraum und mehr Velowege verlangen.

Das vorgelegte Budget zeigt, dass Zürich auf der Einnahmenseite ein Problem hat: Die gesamten Steuererträge gehen im Vergleich zum Budget 2013 leicht zurück. Dabei haben die Einnahmen aus Steuern der juristischen Personen etwas zugenommen, ebenso die Einnahmen aus der Grundstückgewinnsteuer, während die Einnahmen aus der Quellensteuer wieder zurückgegangen sind. Wir halten fest: Seit der Bankenkrise fehlen der Stadt Zürich jährlich 400 Millionen Gewinnsteuern der Grossbanken; gleichzeitig werden von denselben Banken weiterhin fröhlich Boni ausbezahlt. Die Steuergeschenke auf kantonaler und auf Bundesebene – man denke nur an den «Bschiss» mit der Unternehmenssteuerreform II – bescheren der Stadt Zürich Einnahmehöhen in dreistelliger Millionenhöhe. Weitere Ausfälle aufgrund geplanter Steuerentlastungen für Vermögende, Grossaktionäre und Konzerne sind absehbar. Die SP wehrt sich entschieden gegen diese Vorhaben und damit gegen die Tendenz, den Gemeinden und deren Bevölkerung immer mehr finanzielle Lasten zu überbürden.

Die Nettoinvestitionen belaufen sich auf 980 Millionen Franken und bleiben damit hoch. Da sich das wirtschaftliche Umfeld weiterhin unsicher präsentiert, ist eine antizyklische Investitionspolitik wichtig. Diese verschafft dem Gewerbe Aufträge und Verdienst. Und nicht zuletzt wächst die Stadt Zürich weiter Richtung 400'000er-Marke: Viele Menschen – darunter auch zahlreiche Familien – wollen in der Stadt wohnen, ihre Kinder hier zur Schule schicken und den ÖV benutzen. Hohe Investitionen sind nötig, um zu verhindern, dass die Stadt in einen langfristig kostspieligen Investitionsrückstand gerät, wie dies in den 1990er Jahren passiert ist.

Der Stellenzuwachs findet nicht zufällig vor allem im Gesundheits- und Umweltdepartement sowie im Schul- und Sportdepartement statt. Er ist in den meisten Fällen eine Folge des Bevölkerungswachstums bzw. auf Volksentscheide zurückzuführen. Aber auch die Demographie spielt eine Rolle zum Beispiel beim nötigen Spitalausbau im Triemli oder beim Ausbau der Angebote für ältere Menschen. Die Sozialhilfezahlen bleiben in etwa konstant, während die Zusatzleistungen zu AHV und IV weiter zunehmen.

Die SP hält fest: Die Aufträge, die uns die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger an der Urne gegeben haben, sind klar: Die Stadt Zürich braucht genügend Betreuungsplätze, mehr Velowege und öffentlichen Verkehr sowie günstigen Wohnraum. Auf dieser Grundlage wird die SP in der Budgetdebatte Prioritäten setzen. Entsprechend lehnen wir die Kürzungsanträge von SVP, FDP und Grünliberalen im Bereich des gemeinnüt-

zigen Wohnungsbaus ab. Wir wehren uns gegen Kürzungen der Rechten bei ÖV und Velowegen. Und sowieso ablehnen werden wir die rasenmäherartigen Kürzungsanträge der SVP. Diese wird nicht müde zu behaupten, die Stadt Zürich stehe finanziell am Abgrund – gleichzeitig will sie aber auch noch die Steuern senken. Solchem finanzpolitischen Unsinn gilt es entschieden entgegenzutreten.

Die SP steht weiterhin für eine Finanzpolitik mit Augenmass ein, die es erlaubt, knappe Ressourcen gezielt auf die wichtigsten Handlungsfelder zu lenken: Für ein soziales und ökologisches Zürich mit einer prosperierenden Wirtschaft – für alle statt für wenige.

**4566. 2013/434**

**Erklärung der SVP-Fraktion vom 11.12.2013:  
Finanzverwaltung, Budget 2014, Genehmigung Budgetentwurf**

Namens der SVP-Fraktion verliest Roger Liebi (SVP) folgende Fraktionserklärung:

Der rot-grüne Pleitegeier stürzt sich auf Zürich

Der Budgetentwurf 2014 des rot-grün dominierten Zürcher Stadtrates übertrifft selbst die schlimmsten Befürchtungen der SVP. Ganz besonders noch, wenn man die Erwartungsrechnung 2013 und den AFP 2014 - 2017 mit einbezieht. Der tief rot-grüne Stadtrat plant ein Defizit von 240 Millionen Franken. Die Erwartungsrechnung 2013 driftet auf ein Defizit von rund 100 - 120 Millionen Franken ab, anstelle der mit Budget 2013 geplanten 40 Millionen Franken. Besonders bedrohlich sind diese Zahlen, wenn man noch einen Schritt weitergeht und den Aufgaben- und Finanzplan 2014 - 2017 betrachtet. Darin zeigt der Stadtrat selber die Zahlen auf: 2015 ein Defizit von 304 Millionen, 2016 ein Defizit von 422 Millionen und 2017 nochmals ein Minus von 441 Millionen Franken. Kumuliert seit 2013 würden also rund 1.5 Milliarden Franken mehr ausgegeben als eingenommen. Bis 2017 droht ein massiver Bilanzfehlbetrag. Unter Berücksichtigung des aktuellen Eigenkapitalbestandes wird die Stadt Zürich bis dann eine Unterdeckung von 600 Millionen Franken aufgetürmt haben. Dabei ist die Schuld gegenüber der Pensionskasse von über 300 Millionen Franken noch nicht einmal eingerechnet. Zur Erinnerung - mit der Ausgliederung der Pensionskasse wurden ganz einfach die Schulden der Stadt gegenüber den Pensionären sogenannt aktiviert. Anders gesagt - man nahm eine Art Darlehen bei der Pensionskasse auf, das alljährlich zu 4.5 Prozent zu verzinsen ist. Eine lukrativere Anlage ohne Kursschwankung könnte sich die Pensionskasse wohl nirgends beschaffen. Das alles zu Lasten des Steuerzahlers.

Um es klar zu sagen: Ein Bilanzfehlbetrag würde in der Privatwirtschaft den Konkurs bedeuten!

Es ist geradezu selbstredend, dass unter solchen Umständen auch die Schulden steigen müssen. Betrug die Bruttoschuld 2003 noch 7.07 Milliarden Franken, so sollen es 2017 schon 12.7 Milliarden Franken sein. Das geht nicht auf Kosten der aktuellen Politiker. Diese Bürde tragen die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt und insbesondere deren Kinder! Jeder Säugling, jede Bürgerin, jeder Bürger hat, ohne dass es die meisten von Ihnen wissen, Schulden gegenüber der Stadt in Höhe von 24'615 Franken, 2017 werden es über 30'000 Franken sein, das Bevölkerungswachstum eingerechnet.

Die rot-grüne Politik hat es fertiggebracht, das zeigen diese Zahlen eindrücklich, die Stadt Zürich innert 10 Jahren, trotz Rekordsteuereinnahmen, zumindest an den Rand des Ruins zu treiben. Immer wieder haben der Stadtrat und dessen Fraktionen im Gemeinderat darauf gesetzt, dass die überproportional steigenden Ausgaben mit sich wundersam entwickelnden Steuereinnahmen gedeckt werden könnten. Genauso funktionieren Zocker! Früher oder später bleibt Zockern nur noch der Weg zum Sozialamt. Der Unterschied ist, dass beim Gemeinwesen der Steuerzahler als Sozialamt dient.

Werden nicht schleunigst Massnahmen gegen diese horrenden Defizite und das Schuldenwachstum ergriffen, dann drohen massive Steuererhöhungen. Geht man davon aus, dass ein Steuerprozent rund 15 Millionen Franken entspricht und dass ein Bilanzfehlbetrag innerhalb von fünf Jahren abgetragen werden muss, so lässt sich unschwer erkennen, dass nicht einmal mehr eine Steuerfusserhöhung von 119 Prozent auf den Maximalsatz von 130 Prozent reichen würde, das Defizit zu decken.

Wer erwartet hatte, dass wir angesichts dieser verheerenden Zahlen mit dem Budget 2014 erste Massnahmen im Rahmen des Anfangs 2013 grossspurig angekündigten Sparprogrammes 17/0 vorgelegt erhalten würden, wurde natürlich enttäuscht.

Wer so verantwortungslos mit dem hart erarbeiteten Steuergeld der Bürgerinnen und Bürger, der Gewerbetreibenden und anderer Wirtschaftssubjekte umgeht, der hat nur eines verdient: Die ROTE KARTE. Nicht nur anlässlich der Budgetberatung, sondern ganz besonders auch bei den anstehenden Stadt- und Gemeinderatswahlen.

Es sei klar gesagt: Rot/Grün ist mittlerweile nicht mehr nur eine latente, sondern eine echte Gefahr für Wohlstand, Wohlfahrt und Wirtschaftsstandort Stadt Zürich. Die SVP will kein zweites Detroit, keine griechischen, keine französischen Zustände, keine Brückensperrungen wie in den Pleitestädten des roten Nordrhein Westfalen aufgrund mangelnder Liquidität.

Eine solch katastrophale Budgetvorlage hätte eigentlich nur eine einzige Antwort kennen dürfen: Zurück an

den Absender. Der Stadtrat hatte allerdings bei der letzten Budgetrückweisung mehr durch Trotzköpfigkeit, denn durch ernst gemeinte Verbesserung des Budgets zugunsten der Steuerzahler gegläntzt. Die SVP hat die Zügel in die Hand genommen und Anträge mit einem Einsparungspotential von netto total über 270 Millionen Franken entweder selber erarbeitet oder unterstützt. Damit ist sogar eine Steuersenkung möglich, die dem wichtigsten Wirtschaftsstandort der Schweiz wahrlich gut anstehen würde.

Wir sind in diesen Tagen alle aufgerufen, auch „heilige Kühe“ im städtischen Haushalt zu opfern. So gilt es speziell in den Bereichen Soziokultur, Kulturförderung, Sozial- und Asylwesen, Kinderbetreuung, Umbau des Verkehrs, Kosten von Hochbauten etc. den Rotstift anzusetzen. Die Stadt Zürich muss sich kurz- und mittelfristig auch von allen Tätigkeiten trennen, welche nicht auch Private ausführen können.

Seit 2007 warnen wir vor den Auswirkungen der Finanzkrise auf die Stadtzürcher Finanzlage. Seit 2007 sprechen wir von systemischem Defizit. Wie immer, wurden unsere Warnungen in den Wind geschlagen und der Begriff systemisch als lächerlich abgetan. Mittlerweile ist es nachhaltige Realität. Die SVP spricht Klartext. Das ist nicht immer angenehm. Es ist aber glaubwürdig und verantwortungsvoll. Es fordert nicht nur von den Parteien, sondern auch von den Bürgerinnen und Bürgern ein Umdenken - nicht nur für sich selbst, sondern im Besonderen für die kommenden Generationen.

#### **4567. 2013/435**

##### **Erklärung der FDP-Fraktion vom 11.12.2013:**

##### **Finanzverwaltung, Budget 2014, Genehmigung Budgetentwurf**

Namens der FDP-Fraktion verliest Dr. Urs Egger (FDP) folgende Fraktionserklärung:

Dank Rot-grün und GLP wird ein Riesendefizit für 2014 bleiben

Das erste Budget des grünen Stadtrats Daniel Leupi war schon bei der Ankündigung mit 213 Millionen Franken tiefrot. Mit dem Novemberbrief wurde das Defizit noch auf 230 Millionen erhöht. Das grosse Defizit kommt zustande, obwohl die Steuereinnahmen mit 2.515 Milliarden Franken einen neuen Rekordwert erreichen. Offenbar ist sich der rot-rot-grüne Stadtrat der kritischen Lage der Stadtfinanzen nicht wirklich bewusst. So sollen über 350 neue Stellen vor allem in den Bereichen Gesundheit und Schulen geschaffen werden. Aber auch die überbeuerten Investitionen in Velowege und Schulhäuser werden fröhlich vorangetrieben. Die Durchsicht des Budgets und die Antworten der Verwaltung auf die Fragen der RPK lassen keinen ernsthaften Sparwillen erkennen. Wenn die Aufgabenprüfung 0/17 so angegangen wird wie im Voranschlag 2014, kann man jetzt schon voraussagen, was dabei herauskommen wird: nämlich nichts!

Die rot-grüne Mehrheit im Parlament, verstärkt durch die GLP, hatte vollmundig angekündigt, ebenfalls Sparpotentiale im Budget auszumachen. Nach der Bearbeitung des Budgets in der RPK bleibt davon nichts mehr übrig. Ganz klar ins rot-grüne Lager hat sich die GLP geschlagen, sind von ihr doch kaum Anträge zur Ausgabenreduktion eingereicht worden. Sie trägt kaum einen Sparantrag von FDP und SVP mit. Offenbar sucht sie ihr Heil für die Stadtratswahlen auf der linken Seite. Liberal Ade – grün Ahoi!

Angesichts der langfristig schlechten Finanzaussichten hat sich die FDP intensiv mit dem Budget 2014 auseinandergesetzt und Kürzungsanträge im Ausmass von 113 Millionen Franken für die laufende Rechnung eingebracht. Mit Kürzungen bei den Investitionen lassen sich nochmals 4.6 Millionen einsparen. Sie unterstützt weitere Kürzungen der SVP und von andern Parteien, womit sich insgesamt 212 Millionen einsparen liessen. Somit könnte das vom Stadtrat vorgelegte Defizit vermieden werden. Die FDP hat Schwerpunkte bei den überbeuerten Bauten des Tiefbaudepartementes, unnötigen Stellenschaffungen in diversen Departementen und die Aufhebung von nicht dringend notwendigen Aktionen im öffentlichen Raum gesetzt. Leider werden diese Bemühungen zur Verbesserung der städtischen Finanzen von den nicht-bürgerlichen Parteien nicht mitgetragen. Dieses Verhalten von Rot-grün inklusive GLP kann nur als unverantwortlich bezeichnet werden. Ganz offensichtlich nehmen sie ihre Verantwortung gegenüber den Zürcher Steuerzahlenden nicht wahr. In der Budgetdebatte erhalten sie nochmals eine Chance, mit den bürgerlichen Kräften zusammen das Defizit zu reduzieren. Sollte dies zu keinen Ergebnissen führen und das Budgetdefizit nur unwesentlich verringert werden, wird die FDP den Voranschlag 2014 ablehnen.

Wenigstens für 2014 wollen die meisten Parteien des rot-grünen Bündnisses den Steuerfuss noch bei 119% belassen. Etwas anderes können sich diese Parteien im laufenden Wahlkampf auch gar nicht leisten. Angesichts des offensichtlich fehlenden Sparwillens von Rot-Grün-Grünliberal liegt es aber auf der Hand, dass diese Parteien in einem der folgenden Jahre eine Steuerfusserhöhung fordern und durchsetzen werden. Die FDP nimmt rot-grün in die Pflicht, auch in Zukunft auf Steuererhöhungen zu verzichten. Sonst wäre es simple Wahlkampfaktik gewesen. Ehrlich währt am längsten – das sollte auch in der Politik gelten.

4568. 2013/436

**Erklärung der Grüne-Fraktion vom 11.12.2013:  
Finanzverwaltung, Budget 2014, Genehmigung Budgetentwurf**

Namens der Grüne-Fraktion verliest Karin Rykart Sutter (Grüne) folgende Fraktionserklärung:

Budget 2014: Wachstumsschmerzen behandeln, aber ohne hysterische Sparübungen

Die Grünen sind die einzige Partei, die eine seriöse Wachstumskritik betreibt. Man braucht kein Hellseher zu sein um zu merken, dass die momentane Finanzlage der Stadt Zürich ihrem Wachstum geschuldet ist. Wachstum verursacht – und das ist wissenschaftlich gut belegt – zu Beginn immer nur Kosten, bei den Investitionen und im Betrieb. Erst längerfristig – manchmal aber auch gar nie – gibt es so etwas wie einen Return on Investment. Das merken momentan die Winterthurer, aber auch kleinere Städte wie Schlieren oder Adliswil.

Die Stadt Zürich befindet sich nach wie vor in einer Wachstumsphase. Mit der steigenden Zahl von EinwohnerInnen wächst auch die Notwendigkeit des Ausbaus von Infrastruktur und Dienstleistungen. Gleichzeitig verharren die Steuereinnahmen auf einem rekordhohen Niveau, wachsen aber auch nicht im Gleichschritt mit den dafür notwendigen Mehrausgaben. Entscheide, wie die Unternehmensteuerreform II oder die Steuergesetzrevision betreffend den juristischen Personen im Kanton Zürich, zeigen hier auch ihre negativen Auswirkungen. Erschwerend kommt hinzu, dass der Kanton immer neue Aufgaben und damit Mehrbelastungen auf die einzelnen Gemeinden abwälzt. Im Gesundheitsbereich kann dies exemplarisch aufgezeigt werden.

Die Grünen haben das Budget 2014 genau studiert. Wir sind der Ansicht, dass die finanzielle Lage der Stadt Zürich zu Besorgnis Anlass gibt. Dies insbesondere mit Sicht auf die kommenden Jahre. Es gilt mit allen Mitteln einen Bilanzfehlbetrag nach 2016 zu verhindern, denn ein solcher würde die Handlungsfähigkeit der Stadt massiv einschränken. Deshalb ist es richtig, dass wir über neue Plafonds z.B. bei den IT-Ausgaben diskutieren. Auf die Investitionsausgaben muss ein kritischer Blick geworfen werden, denn der budgetierte Selbstfinanzierungsgrad von 40,5 Prozent ist auch in unseren Augen deutlich zu tief. Es ist uns zwar bewusst, dass heute die Nettozinslast sehr klein ist, weil das Geld auf dem Markt billig zu haben ist. Aber dies wird nicht immer so bleiben.

Auf Teufel komm raus, versucht eine Minderheit im Gemeinderat ein ausgeglichenes Budget 2014 zu erreichen. Dass dies wenig mit seriöser Arbeit zu tun hat, zeigen auch dieses Jahr wieder unzählige unsinnige, absurde oder im besten Fall einfach nur unmögliche Anträge. Zum Beispiel ein Kürzungsantrag von 10 Millionen Franken bei den Löhnen der Lehrkräfte mit der Begründung, dass im Hinblick auf die Einführung von Halbtageschulen weniger Ausgaben nötig sein werden. Dass die Halbtageschule nicht von heute auf morgen eingeführt werden kann – beziehungsweise vom jetzigen Schulvorsteher in den letzten 8 Jahren diesbezüglich kaum Anstrengungen unternommen wurden - wird einfach ignoriert.

Die finanzielle Lage der Stadt Zürich ist ernst – aber nicht dramatisch. Die Grünen haben deshalb fast 50 Kürzungsanträge gestellt und auf Anträge, welche das Budget verschlechtern, verzichtet. Wir werden auch weitere seriöse Kürzungsanträge unterstützen. Wir wissen, dass knapp 80 Prozent der städtischen Ausgaben nicht durch die Stadt selber beeinflusst werden können. Deshalb werden wir auch nicht in Hysterie ausbrechen und auf Teufel komm raus, Sparanträge unterstützen, welche in unseren Augen diesem Fakt widersprechen und daher wenig oder gar keinen Sinn machen. Wir wollen weiterhin eine funktionierende Stadt und nicht ein Chaos anrichten. Zudem sind wir nach wie vor überzeugt, dass es für eine sinnvolle Entwicklung der Stadt

- mehr Veloinfrastruktur und einen sinnvollen Ausbau des öffentlichen Verkehrs
- mehr bezahlbaren Wohn- und Gewerberaum
- eine ausreichende Zahl an Hortplätzen
- die Sicherung des vorhandenen Grünraums
- Griffige Massnahmen für das Erreichen einer 2000-Watt-Gesellschaft

braucht. Hier wissen wir eine Mehrheit der Bevölkerung hinter uns. Und hier werden wir keine Abstriche machen. Schliesslich erwarten die Leute ausserhalb dieses Rathauses, dass wir seriös arbeiten und Mehrheiten bei Abstimmungsergebnissen respektieren und die Anliegen auch umsetzen. So wie wir es ihnen versprochen haben. Die Grünen bleiben diesbezüglich berechenbar – auch kurz vor den Wahlen!

4569. 2013/437

**Erklärung der GLP-Fraktion vom 11.12.2013:  
Finanzverwaltung, Budget 2014, Genehmigung Budgetentwurf**

Namens der GLP-Fraktion verliest Samuel Dubno (GLP) folgende Fraktionserklärung:

Es gibt viel zu tun – nicht nur im Dezember

Das budgetierte Defizit ist happig und kein überzeugender Wurf des Stadtrats. Die Möglichkeiten zur Korrektur im Rahmen der Budgetdebatte sind bedauerlicherweise limitiert.

Der Voranschlag 2014 weist ein Defizit von deutlich über 200 Millionen Franken aus. Das ist happig. Da auch die laufende Rechnung schwächer ausfallen wird als budgetiert, wird gegen Ende 2014 ungefähr die Hälfte des vorhandenen Eigenkapitals aufgebraucht sein. Keine erfreulichen Aussichten. Dabei wirkt der amtierende Stadtrat wenig überzeugend. Erstens hätten wir uns eine Verzichtsplanung gewünscht, die diesen Namen verdient. Zweitens stellt der STR diverse Aufwendungen ins Budget, die angesichts der finanziellen Lage kaum nachvollziehbar sind und von wenig taktischem Geschick zeugen. Wer sich an die ewigen (und wiederkehrenden) Diskussionen über den Hafenkran erinnert, kann beispielsweise kaum verstehen, dass der Stadtrat fürs kommende Jahr ein Kunstprojekt budgetiert, das den Klang der VBZ -Depots nach aussen tragen soll. Ebenfalls unverständlich ist der Antrag des Stadtrats den freien Kredit zu erhöhen oder 600'000 Franken für Kosteneinsparungen zu budgetieren. Und damit zu drittens: Das Projekt 17/0 muss entschlossener angegangen werden. Der Stadtrat sollte weniger nach Potenzialen suchen (lassen), sondern Ziele definieren. Man kann sich dem Eindruck einer «Mikado-Situation» kaum entziehen: Der erste Stadtrat, der sich bewegt, hat verloren.

Andererseits

Für alles kann der Stadtrat jedoch auch nicht verantwortlich gemacht werden: Es besteht beispielsweise kein Handlungsspielraum, wenn die Stadt 43 Millionen Franken mehr in den kantonalen Ressourcenausgleich zu zahlen hat oder aufgrund kantonalen Vorgaben zusätzliche 6,5 Millionen an Betreuungsbeiträgen für Eltern mit Kindern in vorschulischen Kindertagesstätten entrichten muss. Auch die Neuorganisation der Spitalfinanzierung bringt noch erhebliche Unsicherheiten mit sich, wie auch der RPK-Bericht festhält. Und wann Grossbanken wieder Steuern zahlen, liegt ebenfalls nicht in der Hand der städtischen Exekutive.

Möglichkeiten der Budgetarbeit

Wir haben das vorliegende Budget intensiv studiert und rund hundert Verbesserungsvorschläge gemacht. Weiter werden wir zahlreiche Anträge von anderen Parteien unterstützen. Anträge auf Verschlechterungen des Budgets unterstützen wir keine. Bei der Abschätzung der voraussichtlichen Reduktion des Defizits waren wir nach dieser Arbeit noch nicht wirklich zufrieden, weshalb wir uns anlässlich der letzten Fraktionssitzung entschieden haben, einen Teil der pauschalen Kürzungen und die tabellarischen Kürzungsanträge zu Beginn der Debatte zu unterstützen. Wir werden auf diesen Konten keine weiteren Kürzungen mehr unterstützen – falls diese Anträge eine Mehrheit finden – und hoffen so auch auf eine Verkürzung der Budgetdebatte. In den geschlossenen Rechnungskreisläufen sind wir noch bei allen Anträgen in der Fahne in der Enthaltung oder Ablehnung. Das wird sich teilweise ändern – punktuell auch ausserhalb dieser Rechnungskreisläufe. Den grössten Spareffekt versprechen wir uns, wenn auch erst mittelfristig, durch die Reduktion von externen Beratungen, Studien, Projekten und dem Nichtgenehmigen von diversen neuen Verwaltungsstellen. Allerdings machen diese Stellen nur einen kleinen Teil des Stellenzuwachses aus. Die neue Stellen in der Pflege und in den Schulen aufgrund der Zunahme von pflegebedürftigen Personen und der Anzahl Kinder sind für uns jedoch mehrheitlich unbestritten. Erschwerend für die Budgetarbeit ist der Umstand, dass ein erklecklicher Teil des städtischen Budgets aus gebundenen Aufwendungen besteht. Das jüngste Urteil des Bezirksrats in Sachen GZA hat – auch wenn es noch nicht rechtskräftig ist – dem Parlament oder zumindest unserer Fraktion wieder einmal mehr als deutlich gezeigt, dass effektive Budgetarbeit über das ganze Jahr und nicht nur im Dezember erfolgen muss.

4570. 2013/438

**Erklärung der CVP-Fraktion vom 11.12.2013:  
Finanzverwaltung, Budget 2014, Genehmigung Budgetentwurf**

Namens der CVP-Fraktion verliest Jean-Claude Virchaux (CVP) folgende Fraktionserklärung:

Die Stärken Zürichs erhalten, Leistungen hinterfragen

Die Fraktion der CVP nimmt das vorliegende Budget 2014 der Stadt Zürich mit grosser Besorgnis zur Kenntnis. Nachdem die jährlichen Aufwandsteigerungen der letzten Jahre regelmässig mit zunehmenden Steuereinnahmen kompensiert werden konnten, zeigt das Budget 2014 der Stadt Zürich und vor allem der Finanzplan der nächsten Jahre stagnierende Einnahmen und stark wachsende Ausgaben. Obwohl die Stadt

Zürich zum jetzigen Zeitpunkt noch über eine gesunde Eigenkapitaldecke verfügt, darf dies nicht zum Weiterführen der bisherigen jährlichen Aufwandsteigerungen verleiten - im Gegenteil! Aus diesem Grund wird die CVP Kürzungsanträge unterstützen mit dem Ziel, das für 2014 budgetierte Defizit der Stadt Zürich markant zu reduzieren. Die CVP macht ihre Zustimmung zum Budget 2014 vom Ergebnis der vor uns liegenden Debatte abhängig.

Kostenbewusstsein und Weitsicht müssen die prägenden Begriffe in der Finanzpolitik der Stadt Zürich bleiben und wir fordern den Stadtrat auf, diesen Weg noch konsequenter zu verfolgen. Wir begrüßen daher ausdrücklich die Bemühungen des Stadtrats und der Verwaltung mit der Initialisierung und Umsetzung des Projektes 17/0, die Leistungen der Verwaltung kritisch zu hinterfragen und bestehendes Optimierungspotential auszunutzen.

Gleichzeitig ist für uns wichtig, dass die Stadt Zürich weiterhin als verlässlicher Partner gegenüber Mitarbeitenden und dem Gewerbe auftritt.

Die Verwaltung der Stadt weist mit einem 8-Milliarden-Haushalt eine Grösse auf, wo jede Ausgabe und deren Notwendigkeit einzeln geprüft und insbesondere die neuerlichen Erhöhungen im Budget 2014 kritisch hinterfragt werden müssen. Auch wenn die Anträge in der Regel im Einzelnen gut begründet sind, braucht es eine noch stärkere Kostenkontrolle innerhalb der Verwaltung. Das Parlament darf sich aber ebenfalls nicht aus dieser Verantwortung stehlen - ist es doch dieses Parlament, welches jede Woche neue Forderungen an den Stadtrat überweist. Die Bürger dieser Stadt sind eigenverantwortliche Individuen und wir - das Parlament und der Stadtrat - müssen nichtjedes noch so kleine Detail in dieser Stadt regeln.

Positiv wertet die CVP die weiterhin auf konstantem Niveau verbleibenden Investitionen. Dieser Weg muss weitergegangen werden, denn ein Rückfall in die neunziger Jahre, wo Investitionen immer wieder hinausgeschoben wurden, muss unbedingt vermieden werden.

Die CVP dankt dem Stadtrat und der Verwaltung für ihren unermüdlichen Einsatz für die Stadt Zürich. Ebenfalls danken wir der vorberatenden Rechnungsprüfungskommission für die umfassende und detaillierte Bearbeitung des Budgets 2014.

Die Fraktion der CVP fordert alle Beteiligten der vor uns liegenden Debatte auf, sich auf das Wesentliche zu konzentrieren und damit eine endlose und teure Budgetdebatte ohne Mehrwert für die Stadt Zürich zu verhindern.

#### **4571. 2013/439**

##### **Erklärung der AL-Fraktion vom 11.12.2013: Finanzverwaltung, Budget 2014, Genehmigung Budgetentwurf**

Namens der AL-Fraktion verliest Aleks Recher (AL) folgende Fraktionserklärung:

Korrekturmassnahmen nicht auf morgen verschieben

Der Stadtrat hat dem Gemeinderat ein Budget mit einem Defizit von 230 Millionen Franken vorgelegt. Dass die Auswechslung des Kassenwarts in der Halbzeit keine gute Voraussetzung für einen kohärenten Budgetprozess war, das anerkennen wir. Trotzdem hätten wir erwartet, dass der Gesamtstadtrat die notwendigen Korrekturmassnahmen im Voranschlag 2014 – allenfalls nachträglich im Novemberbrief – anpackt. Davon ist jedoch im Budgetentwurf nichts zu finden. Auch die vielfach zitierten „Defizitreduktionen“ im Umfang von 80 Millionen Franken sind zum grossen Teil Luftbuchungen, die keine praktische Wirkung auf die Ausgaben der Stadt haben werden.

Aktuell verfügt die Stadt Zürich noch über ein Eigenkapital von knapp 600 Millionen Franken. Ziel auch des Stadtrates hätte es sein müssen, den Abbau dieses Eigenkapitals im Jahr 2014 entscheidend zu bremsen. Dies hat er klar verfehlt. Damit erhöht sich die Gefahr, dass der notwendige Ausgleich des strukturellen Defizits in den kommenden Jahren nur mit massiven und unnötigen Härten erreichbar sein wird. Das spürt die Bevölkerung nach Wahlen genauso wie vorher.

Vor dieser Ausgangslage mag man zwar ein gewisses Verständnis dafür haben, dass das Gros des Gemeinderates – dem alljährlichen Negativbeispiel der SVP folgend – ein heiteres Budgetraten veranstaltet. Herausgekommen ist eine Flut von Anträgen, die zwar viel Unruhe in der Verwaltung auslös(t)en, die aber keinen nennenswerten Einfluss auf die Ausgaben der Stadt haben werden. Mit diesem Antragswust werdet ihr weder die Finanzen der Stadt Zürich retten noch das Wahlergebnis am 9. Februar ernsthaft beeinflussen.

Die AL geht einen anderen Weg. Wir sehen keinen Anlass für einen panischen Kurswechsel. Unser Ziel ist es, die Schliessung des strukturellen Ausgabenüberhangs in den nächsten Jahren ohne die Kollateralschäden umzusetzen, die hektische Sparprogramme in der Regel auslösen.

- Als Alternative zu konzeptlosen Einzelkürzungen auf den IT-Konten schlagen wir eine langfristige Planung der IT-Ausgaben durch eine von der Verwaltung vorzunehmende Verzichtplanung vor.
- Nachdem der Gemeinderat bereits den automatischen Teuerungsausgleich für den Fall eines Bilanzde-



fizits aus dem Personalrecht gestrichen hat, wehren wir uns gegen weitere flächendeckende Sparmassnahmen beim Personal. Wir schlagen stattdessen ein Kaderlohnopfer vor. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt, die mehr als 110'000 Franken verdienen, sollen zeitlich befristet einen Beitrag zur Reduktion des Defizits leisten.

- Damit die für Bildung und Betreuung notwendigen Mittel langfristig gesichert werden können, stimmen wir keinen neuen Verwaltungsstellen zu. Neue Projekte wie die Erhöhung der Nachtpräsenz der Stadtpolizei, die Umsetzung der 2000-Watt-Gesellschaft oder der Masterplan Velo sowie laufende Aufgaben wie die bauliche Planung (AFS, AHB, IMMO) oder das Personalwesen (HRZ) sind mit dem bestehenden Stellenplafond zu bewältigen.
- Um den finanziellen Spielraum der Stadt zu erweitern und eine ruckartige Erhöhung des Steuerfusses zu vermeiden, schlagen wir zum zweiten Mal die Rücknahme der 2007 (sic!) beschlossenen Senkung des Steuerfusses von 122 auf 119 Prozent vor. Bis 2017 würde diese Massnahme den Abbau des Eigenkapitals um rund 200 Millionen reduzieren und Raum schaffen für intelligente Ausgabenreduktionen.

Wir schliessen mit einer Fussnote zum Freisinn. In den letzten 150 Jahren war die FDP die Partei, die sich für Investitionen in die Bildung stark gemacht hat. In den nächsten 40 Jahren werden uns ihre Erben erklären, dass man die alten Bildungsideale des Freisinns auch bei steigenden Schülerzahlen mit deutlich weniger Ressourcen realisieren kann. Sie werden uns erläutern, wie die flächendeckende Einführung der Tagesschule mit weniger Personal, die Mittagsbetreuung ohne den Einkauf zusätzlicher Lebensmittel und die Eröffnung der im Bau befindlichen Schulen und Horte ohne neue Stellen umgesetzt werden kann. Wir kondolieren.

### **Persönliche Erklärungen:**

Werner Wehrli (EVP) hält eine persönliche Erklärung zum Budget 2014, Genehmigung Budgetentwurf.

Patrick Blöchlinger (SD) hält eine persönliche Erklärung zum Budget 2014, Genehmigung Budgetentwurf.

### **4564. 2013/309**

#### **Weisung vom 11.09.2013:**

#### **Finanzverwaltung, Budget 2014, Genehmigung Budgetentwurf**

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

**STR Daniel Leupi:** *Die finanzielle Lage der Stadt ist ernst, aber nicht katastrophal. Die Finanzpolitik soll die städtischen Leistungen sicherstellen, eine ausgeglichene Rechnung anstreben und das Eigenkapital gewährleisten. Zürich soll ein attraktiver Wohn-, Arbeits- und Bildungsstandort sein. Die Strategie des Stadtrats ist seit vielen Jahren erfolgreich. Wir haben eine hervorragende Infrastruktur, ausgezeichnete Bildungs- und Kulturangebote, eine sehr gute Umweltqualität, wir achten auf sozialen Ausgleich und Integration. Der Steuerfuss ist wichtig, aber nebenrangig. Die Stadt boomt nach wie vor. Die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben darf aber vor allem langfristig nicht zu weit auseinandergehen. Doch unser Eigenkapital erlaubt es uns, über mehrere Jahre hinweg Lösungen zu suchen. Im Gegensatz zu anderen Gemeinden droht uns kein sofortiger Finanzfehlbetrag. Das Ziel ist, bis 2017 wieder eine ausgeglichene Rechnung zu erreichen und einen Finanzfehlbetrag zu vermeiden. Dabei sind fünf Punkte zentral. Erstens: Jeder städtische Mitarbeitende muss täglich überprüfen, ob und wie eine Leistung erbracht werden muss und wie sie finanziert wird. Zweitens: Die Planungsvorgaben. Der Plafond wurde um 60 Millionen Franken gesenkt. Drittens: Betreffend der Leistungsüberprüfung haben wir klar kommuniziert, welche Bereiche überprüft werden sollen. Viertens: Bei den Steuereinnahmen ist zu hoffen, dass auch die Grossbanken in den nächsten Jahren über Gewinnsteuern einen Beitrag an die Infrastruktur leisten. Beim Steuerfuss bleibt die Stadt bei 119 %, während andere Gemeinden – auch bürgerlich dominierte – ihren Steuerfuss erhöhen müssen. Fünftens: Wir wehren uns gegen*

*Einnahmenausfälle wie zum Beispiel aus der Unternehmenssteuerreform III oder Überwälzungen von neuen Belastungen von Bund und Kanton, so etwa im Gesundheitsbereich. Wir wollen aber keine Bilanzsanierung über das Gemeindegesetz. Kritisch sind die steigenden Ausgaben im Gesundheits- und Bildungswesen. Diese müssen gut verfolgt werden. Der hohe Investitionsplafond und die sinkende Eigenfinanzierung müssen sich ändern. Ebenfalls besorgniserregend sind der Ersatz von direkten Einnahmen durch Finanzausgleichsmechanismen und die unbekanntenen Rahmenbedingungen im Bankenbereich. Wir sind aber gleichzeitig hervorragend positioniert und für zahlreiche Branchen attraktiv. Ich habe Vertrauen in die Leistungsfähigkeit und Innovationskraft der Privatwirtschaft und Vertrauen in die Effizienz des Staats. Die Chancen stehen gut, dass wir den budgetierten Betrag erreichen werden beziehungsweise nicht geplante Mehrausgaben vermieden werden können. So werden wir per Ende 2013 ein deutlich über 600 Millionen Franken liegendes Eigenkapital haben. Dieses wird auch per Ende 2014 noch klar über 400 Millionen Franken liegen.*

Weitere Wortmeldungen:

**Roger Liebi (SVP):** *Der Finanzvorstand ist der Meinung, dass wir über sehr viel Eigenkapital verfügen. Dieses ist aber 2015 weg, wenn es so weiter geht. Die Sozialdemokraten und die Grünen haben auf die Steuererträge der Banken gebaut, immer mehr bestellt und den Aufwand in die Höhe getrieben. 2002 betrug der Gesamtaufwand 6,4 Milliarden Franken, heute sind es 8,4 Milliarden Franken. 2002 hatte die Stadt 17 000 Vollstellenwerte, heute sind es 21 000. Die Strategie dazu ist nicht verantwortungsvoll. Die SVP hat immer wieder Postulate zu Stellenplafonierungen unterstützt. Aber der Verwaltungsapparat wird nach wie vor aufgebläht. Die Grünen monieren, einen Grossteil der Rechnung könne man nicht beeinflussen. Sie sind es aber, die diese Beiträge bestellen. Man kann dann im Nachhinein sagen, das Geld sei aufgrund eines Abstimmungsbeschlusses gebunden. So etwas ist nicht glaubwürdig. Der Finanzvorstand hat im Übrigen bereits indirekt gesagt, dass wir um Steuererhöhungen nicht mehr herumkommen, wenn es so weitergeht.*

**Florian Utz (SP):** *Die Stadt ist nicht pleite. Auch 2014 verfügt sie über ein Eigenkapital von einer knappen halben Milliarde Franken. Durch die Steuerausfälle der Grossbanken fehlen uns derzeit bis zu 400 Millionen Franken. Es kann nicht von einem strukturellen Defizit in der Höhe von 230 Millionen Franken gesprochen werden. Wir anerkennen, dass das Defizit hoch ist und nehmen dies ernst. Trotzdem können die vier wesentlichen Volksentscheide der letzten Jahre umgesetzt werden. Wir werden insbesondere den Kürzungsantrag zur Stiftung für preisgünstigen Wohnraum ablehnen. Der Antrag wird damit begründet, dass sich der Immobilienmarkt in Zürich entspannt habe. Die Antragsteller sehen das Problem nicht. Wir erkennen die relevanten Probleme und sind bereit, diese anzupacken, aber auch in anderen Bereichen selber Kürzungsanträge zu stellen oder diejenigen anderer Parteien mitzutragen. Die FDP will 113 Millionen Franken kürzen. Die Anträge dazu machen teilweise aber nur wenig Sinn. In gewissen Fällen wird beantragt, dass Projekte oder Stellen gestrichen werden, die gar nicht existieren. Die SP ist der Meinung, dass Volksentscheide respektiert und umgesetzt werden müssen. Wir haben die nötigen Mittel.*

**Andrea Nüssli-Danuser (SP):** *Wachsende Bevölkerung braucht entsprechendes Personal und entsprechende Infrastruktur, wenn die Lebensqualität weiterhin hoch bleiben soll. Das Volk hat sich für einen Ausbau der Betreuung ausgesprochen. Sie ermöglicht Chancengerechtigkeit für alle Kinder und Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Männer und Frauen. Die Bürgerlichen wollen im städtischen Gesundheitswesen kürzen. Wenn wir aber bei Alters- und Pflegezentren kürzen und einen Personalausbau verhindern, würde das insbesondere die ältere Bevölkerung stark belasten. Wir haben auf-*

grund der diversen bürgerlichen Steuerentlastungen ein Problem bei den Einnahmen, nicht bei den Ausgaben. Es wäre auch nicht sinnvoll, wenn nachhaltige Beratungs- und Unterstützungsleistungen für die ältere Bevölkerung nicht erhalten werden könnten. Gerade ältere Menschen in unserer Stadt brauchen Unterstützung, wenn sie zum Beispiel eine neue Wohnung suchen müssen. Auch die sogenannt vulnerablen Menschen in unserer Stadt brauchen eine gezielte Unterstützung in Einrichtungen. Damit können längere Krankheiten verhindert werden und die Menschen können unter Umständen vor einer Abhängigkeit von Sozialleistungen bewahrt werden. Unser städtisches Gesundheitswesen ermöglicht eine nachhaltige, bedarfsgerechte und menschenfreundliche Behandlung und Unterstützung. Wir wollen unsere Ressourcen optimal für die Bevölkerung und das Personal einsetzen.

**Dr. Daniel Regli (SVP):** Der Stadtrat und die Mehrheit des Gemeinderats verlängern mit diesem Budget eine massenhaft kultivierte Verzichtsverweigerung. Die Linken sollten endlich Verantwortung übernehmen. Doch ihr System ist ein anderes. Es geht um einen exzessiven Bedürfnisanspruch, eine kultivierte Gier von Menschen, die sich gewohnt sind, die hohle Hand zu machen. Dieser ideologische Staatsumbau kostet uns hunderte von Millionen Franken. Im Bildungswesen sind nicht die Lehrer zu teuer, sondern das therapeutische Personal und vor allem die Betreuung. Egoistisches Leben auf Pump macht weder Individuen glücklich, noch sorgt es für die Stabilität einer Gesellschaft oder einen langfristigen Wohlstand.

**Rebekka Wyler (SP):** Wir haben nicht nur bei uns, sondern europaweit Probleme auf der Einnahmeseite. Die Steuereinnahmen gehen zurück. Auf Bundesebene häufen sich Steuergeschenke für Grosskonzerne und ganz Reiche. Das führt auch in Zürich zu Steuerausfällen in Millionenhöhe. Neben Kürzungsanträgen will die SVP nun auch noch den Steuerfuss senken. Es geht der SVP nicht darum, etwas gegen real existierende Probleme zu unternehmen. Der Staat soll auf kommunaler, kantonaler sowie auf Bundesebene möglichst ausgehungert werden. Angestrebt wird ein Rückbau des Sozialstaats, ein Abbau bei der Kultur, bei den Schulhäusern, beim öffentlichen Verkehr. Wir sagen nicht nur Nein zu einem Grossteil der Kürzungsanträge. Wir sagen Nein zu dieser Haltung, die den Staat täglich frontal angreift – im Interesse einer kleinen Schicht von Besitzenden, die bereits heute vom Recht des Stärkeren profitieren. Sagen Sie Nein zu dieser Politik und Ja zum sozialen Ausgleich im Interesse von allen und nicht von Wenigen.

**Mauro Tuena (SVP):** Gemäss dem Finanzvorsteher geht es bei diesem Budget vor allem um die Sicherstellung von Leistungen. Das Budget enthält jedoch Punkte, die für niemanden in der Bevölkerung wünschbar oder nötig sind. Jedoch werden immer wieder Hintertürchen gefunden, um unnütze Projekte durchzubringen. Mit unseren Kürzungsanträgen wehren wir uns dagegen. Es mag sich um Detailanträge handeln, doch die Summe dieser kleinen Anträge macht den Unterschied.

**Roger Tognella (FDP):** Das Budget wird nicht zu einem massiven Sparbudget werden. Die FDP und die SVP haben aufgezeigt, dass es möglich ist, ein ausgeglichenes Budget zu erreichen, ohne dass auf dem Buckel des Personals gespart wird. Die CVP und die GLP haben bei vielen Angelegenheiten im Vorfeld signalisiert, dass sie Anträge mittragen werden. Die SP macht keine klare Aussage, dass sie sich zu einem stabilen Steuerfuss auch in den nächsten Jahren bekennt. Bisher wurde einzig der Wille zu erhöhten Ausgaben bekräftigt. Die SP unternimmt alles, um die Ausgaben auf dem aktuellen Niveau zu halten. Unserer Meinung nach hat der Stadtrat seine Arbeit nicht gut genug gemacht, sonst wäre das Budget ausgeglichen ausgefallen.

**Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP):** Die SP sagt, es bestünde kein Grund zur Panik. Wenn man den Budgetkürzungen der bürgerlichen Seite folgt, stimmen wir dieser Aussage zu. Doch der Finanzvorstand ist optimistisch, wenn er sagt, die Lage sei ernst. Unserer Meinung nach ist die Lage dramatisch. Es wurde gesagt, die Stadt habe zur Sicherstellung gewisse Substanz, die sie veräussern könnte. Das setzt aber voraus, dass diese Werte auch verkauft werden können. Weiter wurde gesagt, der Gemeinderat habe vieles bestimmt, das sich nun in den Ausgaben niederschlägt. Das verwundert bei einem rotgrünen Gemeinderat nicht. Stadtrat und Gemeinderat müssen bei den nächsten Wahlen in die andere Richtung umgepolt werden.

**Christoph Spiess (SD):** In den Fraktionserklärungen habe ich ganz neue Töne gehört. Offenbar sehen gewisse Personen neue Zusammenhänge. Doch die Fehlentscheidungen sind bereits unter dem Jahr gefallen. Alles ist bereits aufgegleist. Es wird exzessiv gebaut, die wirtschaftliche Tätigkeit wird aufgebläht und man heizt noch alles mit Standortmarketing an. Man muss dann weiteres Personal nach Zürich holen. Die Konsequenzen davon: Die Strassen und der öffentliche Verkehr sind überfüllt. Es müssen neue Schulen gebaut werden. Es entsteht ein riesiger Finanzbedarf. Doch damit nicht genug: Der Stadtrat will auch noch die Agglomeration vergrössern. Damit fördern wir eine Fehlentwicklung. Die Lasten trägt am Ende das Zentrum. Viele Gemeinden haben neue Infrastrukturen gebaut. Gute Steuerzahler sind gekommen, aber irgendwann wieder weitergezogen. Doch die Kosten bleiben, denn Infrastruktur muss unterhalten werden. Einnahmen aber fallen zum Teil weg. Der Wachstumsfimmel muss endlich ein Ende haben. Dann laufen auch die Finanzen nicht weiter aus dem Ruder.

**Roger Liebi (SVP):** Die Linken treiben die Schulden jedes Jahr höher und haben den Überblick verloren. Eine Bemerkung zum Wachstum und zur Zuwanderung: Im Vergleich zu 2010 hat die Steuerkraft im Jahr 2012 um 13 % abgenommen. Diese Abnahme ist massiv. Die Zuwanderung bringt demnach nicht mehr Steuern oder mehr Wirtschaftswachstum. Zu den Einsparungen schrieb der Stadtrat, dass sich in den vergangenen Jahren gezeigt habe, dass im Laufe der Budgetierung das Ergebnis gegenüber dem Aufgaben- und Finanzplan um 200 Millionen Franken verbessert werden konnte. Dies war im Budget 2014 nicht mehr möglich. Zudem wird sich auch in der laufenden Rechnung 2013 die Annahme höherer Steuererträge als zu optimistisch erweisen. Die Luft auf der Ausgabenseite ist draussen. Der Stadtrat stellt sogar auf Bussen ab, um seine Rechnung ausgeglichen gestalten zu können. Er hat die städtischen Finanzen nicht mehr im Griff. Er kann die Ausgaben nicht mehr selber steuern. Die linken Parteien sollten endlich beginnen, sich darüber zu sorgen.

**Dr. Daniel Regli (SVP):** Die SP soll endlich die Konsequenzen für ihr Handeln tragen. Es werden Dienstleistungen Dritter und ein Heer von Kulturempfängern und 21 000 Mitarbeitenden aufrechterhalten, die alle die hohle Hand machen. Die SP muss Verantwortung übernehmen.

Eintreten ist unbestritten.

Beschlüsse:

Antrag 001.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Roger Liebi (SVP):** Wir beantragen eine Kürzung von 2,46 Millionen Franken. Es wird immer wieder gesagt, was Zürich für eine tolle Stadt sei. Das merken die Leute sicher auch selber. Es geht auch mit etwas weniger Öffentlichkeitsarbeit. Die Budgetrückwei-

sung für das Budget 2011 hatte keine negativen Auswirkungen auf die Stadt. Die Kürzung ist zudem sehr moderat. Im Jahr 2011 wurden für die Fachstelle für Gleichstellung 14 000 Franken ausgegeben. Die Fachstelle existiert immer noch. Nun erhält sie sogar 21 000 Franken. Das Bevölkerungsamt durfte 2011 in der Öffentlichkeitsarbeit 3700 Franken ausgeben. Auch dieses Amt existiert immer noch, und die Bevölkerung nimmt nach wie vor zu. Beim Umwelt- und Gesundheitsschutz kam man 2011 mit 376 000 Franken aus, nun wären es sogar 489 000 Franken. Beim Tiefbauamt wird mit ideologischen Grundsätzen generell zu viel ausgegeben. Die Stadt geht nicht unter, wenn wir diesen Betrag kürzen. Im Gegenteil: Es würden sich wohl alle auf eine angemessene Öffentlichkeitsarbeit konzentrieren.

**Rebekka Wyler (SP):** Die Mehrheit der RPK lehnt die tabellarischen Anträge auf den Konti 3107, 3170, 3182 und 3186 ab. Wir erachten die Saldokürzungen um 10 bis 30 % als massiv und nicht angebracht. Den Situationen in den einzelnen Dienstabteilungen wird nicht Rechnung getragen, wenn überall der gleiche Prozentanteil gekürzt wird. Zudem fehlt bei den Kürzungen eine nähere Begründung.

S. -	<b>10</b>	<b>BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG</b>			
	<b>3107 0000</b>	<b>Temporäre Aktionen in Öffentlichkeitsarbeit</b>			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>001.</b>	Antrag Stadtrat	gemäss Budgetentwurf 2014 inkl. Nachtrag		Mehrheit	Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
		2 460 800		-2 460 800	Minderheit Präsident Roger Liebi (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP)
					Enthaltung Walter Angst (AL)
		Begründung: Saldokürzung um 30 %, Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle			

<b>3107 0000 Temporäre Aktionen in Öffentlichkeitsarbeit</b>					
Lineare Kürzung um 30 %					
Institution	Bezeichnung	Budget bisher	Novemberbrief	Verbesserung	Budget neu
1010	Beauftragte/r in Beschwerdesachen	8 000		2 400	5 600
1015	Stadtrat	7 500		2 300	5 200
1020	Stadtkanzlei	10 000		3 000	7 000
1080	Friedensrichterämter	1 400		400	1 000
1505	Stadtentwicklung	75 000		22 500	52 500
1506	Fachstelle für Gleichstellung	30 000		9 000	21 000
1530	Bevölkerungsamt	17 000		5 100	11 900
1560	Statistik Stadt Zürich	25 000		7 500	17 500
2500	PD Zentrale Verwaltung	4 900		1 500	3 400
2520	Stadtpolizei	567 000		170 100	396 900
2550	Schutz und Rettung	45 000		13 500	31 500
3000	GUD Zentrale Verwaltung	5 000		1 500	3 500
3010	Städtische Gesundheitsdienste	60 900		18 300	42 600
3045	Umwelt- und Gesundheitsschutz	699 700		209 900	489 800
3515	Tiefbauamt	1 262 000	- 300 000	288 600	673 400
3535	ERZ, Abwasser	200 000		60 000	140 000
3550	ERZ, Abfall	390 500		117 200	273 300
3555	ERZ, Fernwärme	98 000		29 400	68 600
3560	ERZ, Stadtreinigung	125 800		37 700	88 100

4500	DIB Zentrale Verwaltung	5 000		1 500	3 500
4540	Verkehrsbetriebe	4 503 200		1 351 000	3 152 200
5000	SSD Zentrale Verwaltung	20 200		6 100	14 100
5010	Schulamt	19 000		5 700	13 300
5026	Musikschule Konservatorium Zürich	60 000		18 000	42 000
5050	Schulgesundheitsdienste	54 500		16 400	38 100
5063	Fachschule Viventa	145 000		43 500	101 500
5515	Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV	7 500		2 300	5 200
5530	Kindes- und Erw.schutzbehörde	15 000		4 500	10 500
5550	Soziale Dienste	20 000		6 000	14 000
5560	Soziale Einrichtungen und Betriebe	19 600		5 900	13 700
	<b>Total</b>	<b>8 501 700</b>	<b>- 300 000</b>	<b>2 460 800</b>	<b>5 740 900</b>

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 66 gegen 59 Stimmen zu.

### Antrag 002.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Roger Liebi (SVP):** Wir beantragen eine Kürzung von 20 % bei Reise- und Spesenentschädigungen des Personals. 2011 war dies auch möglich. Die Stadt nahm keinen Schaden. Mit dieser Kürzung können wir einen Beitrag zur Sanierung der Finanzen leisten.

Wortmeldung der Kommissionsmehrheit siehe Antrag 001.

S. -	<b>10</b>	<b>BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG</b>			
	<b>3170 0000</b>	<b>Reise- und Spesenentschädigungen des Personals</b>			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>002.</b>	Antrag Stadtrat	gemäss Budgetentwurf 2014 inkl. Nachtrag			Mehrheit
		1 467 100		-1 467 100	Minderheit
					Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
					Präsident Roger Liebi (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP)
		Begründung: Saldokürzung um 20 %, Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle			

<b>3170 0000 Reise- und Spesenentschädigungen des Personals</b>					
Lineare Kürzung um 20 %					
Institution	Bezeichnung	Budget bisher	November-brief	Ver-besserung	Budget neu
1000	Gemeinde	3 000		600	2 400
1005	Gemeinderat	32 800		6 600	26 200
1007	Finanzkontrolle	17 000		3 400	13 600
1010	Beauftragte/r in Beschwerdesachen	1 000		200	800
1015	Stadtrat	17 000		3 400	13 600
1020	Stadtkanzlei	41 400		8 300	33 100
1025	Rechtskonsulent	21 000		4 200	16 800
1035	Datenschutzbeauftragte/r	3 500		700	2 800
1070	Betreibungsämter	89 000		17 800	71 200

1080	Friedensrichterämter	1 000	200	800
1500	PRD Zentrale Verwaltung	25 000	5 000	20 000
1501	Kultur	100 500	20 100	80 400
1505	Stadtentwicklung	70 000	14 000	56 000
1506	Fachstelle für Gleichstellung	9 500	1 900	7 600
1530	Bevölkerungsamt	50 000	10 000	40 000
1560	Statistik Stadt Zürich	20 000	4 000	16 000
1561	Projektstab Stadtrat im PRD	15 000	3 000	12 000
1565	Stadtarchiv	15 000	3 000	12 000
2000	FD Zentrale Verwaltung	40 000	8 000	32 000
2015	Finanzverwaltung	24 000	4 800	19 200
2016	Kompetenzzentrum RVZ	4 200	800	3 400
2021	Liegenschaftenverwaltung	130 000	26 000	104 000
2025	Restaurants	3 000	600	2 400
2027	Gewerbe-Immobilien	1 000	200	800
2050	Human Resources Management	93 200	18 600	74 600
2051	Stadtweites Case Management	21 000	4 200	16 800
2052	Optimaler Berufseinstieg	1 000	200	800
2080	Organisation und Informatik	325 000	65 000	260 000
2500	PD Zentrale Verwaltung	38 200	7 600	30 600
2506	Blaue Zonen	5 900	1 200	4 700
2520	Stadtpolizei	1 775 000	355 000	1 420 000
2525	Stadtrichteramt	22 000	4 400	17 600
2550	Schutz und Rettung	475 000	95 000	380 000
2555	Dienstabteilung Verkehr	60 000	12 000	48 000
3000	GUD Zentrale Verwaltung	35 000	7 000	28 000
3010	Städtische Gesundheitsdienste	96 000	19 200	76 800
3045	Umwelt- und Gesundheitsschutz	128 500	25 700	102 800
3500	TED Zentrale Verwaltung	30 000	6 000	24 000
3515	Tiefbauamt	362 300	72 500	289 800
3535	ERZ, Abwasser	265 000	53 000	212 000
3550	ERZ, Abfall	293 500	58 700	234 800
3555	ERZ, Fernwärme	25 500	5 100	20 400
3560	ERZ, Stadtreinigung	41 700	8 300	33 400
4000	HBD Zentrale Verwaltung	84 000	16 800	67 200
4015	Amt für Städtebau	70 000	14 000	56 000
4020	Amt für Hochbauten	180 000	36 000	144 000
4035	Amt für Baubewilligungen	64 000	12 800	51 200
4040	Immobilien-Bewirtschaftung	289 000	57 800	231 200
4500	DIB Zentrale Verwaltung	25 000	5 000	20 000
4525	Wasserversorgung	125 000	25 000	100 000
4540	Verkehrsbetriebe	335 400	67 100	268 300
5000	SSD Zentrale Verwaltung	48 200	9 600	38 600
5005	Schul- und Büromaterialverwaltung	5 000	1 000	4 000
5010	Schulamt	467 900	93 600	374 300
5026	Musikschule Konservatorium Zürich	32 700	6 500	26 200
5050	Schulgesundheitsdienste	71 700	14 300	57 400
5063	Fachschule Viventa	24 500	4 900	19 600
5500	SD Zentrale Verwaltung	51 000	10 200	40 800
5510	Support Sozialdepartement	32 000	6 400	25 600
5515	Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV	18 000	3 600	14 400
5520	Laufbahnenzentrum	50 000	10 000	40 000
5530	Kindes- und Erw.schutzbehörde	98 000	19 600	78 400
5550	Soziale Dienste	285 000	57 000	228 000
5560	Soziale Einrichtungen und Betriebe	152 100	30 400	121 700
	<b>Total</b>	<b>7 336 200</b>	<b>1 467 100</b>	<b>5 869 100</b>

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 65 gegen 59 Stimmen zu.

Antrag 003.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Dr. Urs Egger (FDP):** Die Entschädigungen für die Planungs- und Projektierungsarbeiten Dritter sind nicht in diesem Ausmass notwendig. Auf diverse Projekte kann verzichtet werden. Wir beantragen eine Saldokürzung um 10 %.

Wortmeldung der Kommissionsmehrheit siehe Antrag 001.

S. -	<b>10</b>	<b>BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG</b>			
	<b>3182 0000</b>	<b>Entschädigungen für Planungs- und Projektierungsarbeiten Dritter</b>			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>003.</b>	Antrag Stadtrat	gemäss Budgetentwurf 2014 inkl.	Nachtrag		Mehrheit
		4 450 400		-4 450 400	Minderheit
					Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP) Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP)
		Begründung: Saldokürzung um 10 %, Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle			

<b>3182 0000 Entschädigungen für Planungs- und Projektierungsarbeiten Dritter</b>					
Lineare Kürzung um 10 %					
Institution	Bezeichnung	Budget bisher	Novemberbrief	Verbesserung	Budget neu
2016	Kompetenzzentrum RVZ	65 000		6 500	58 500
2022	Wohnliegenschaften	1 471 000		147 100	1 323 900
2025	Restaurants	1 130 000		113 000	1 017 000
2026	Bauland- u. Landres. nicht Stadt	5 000 000		500 000	4 500 000
2027	Gewerbe-Immobilien	2 255 000		225 500	2 029 500
2028	Liegenschaften Verwaltungsverm.	1 600 000		160 000	1 440 000
2031	Wohnsiedlungen	7 957 000	-3 000 000	495 700	4 461 300
2032	Parkhäuser	200 000		20 000	180 000
2506	Blaue Zonen	25 000		2 500	22 500
2520	Stadtpolizei	380 000		38 000	342 000
2555	Dienstabteilung Verkehr	610 000		61 000	549 000
3045	Umwelt- und Gesundheitsschutz	200 000		20 000	180 000
3515	Tiefbauamt	6 104 800		610 500	5 494 300
3535	ERZ, Abwasser	1 205 000		120 500	1 084 500
3550	ERZ, Abfall	1 460 000		146 000	1 314 000
3555	ERZ, Fernwärme	3 060 000		306 000	2 754 000
4020	Amt für Hochbauten	450 000		45 000	405 000
4040	Immobilien-Bewirtschaftung	13 161 000		1 316 100	11 844 900
4500	DIB Zentrale Verwaltung	20 000		2 000	18 000
4540	Verkehrsbetriebe	1 150 000		115 000	1 035 000
	<b>Total</b>	<b>47 503 800</b>	<b>-3 000 000</b>	<b>4 450 400</b>	<b>40 053 400</b>

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 66 gegen 59 Stimmen zu.



Antrag 004.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Roger Liebi (SVP):** Die Projektbegleitung und die Dienstleistungen Dritter sind vielen Parteien ein Dorn im Auge. Will man keine Schulden machen, muss man auf nicht zwangsläufig notwendige Projekte verzichten können. Bei einer guten Verzichtsplanung sind die einen oder anderen Dienstleistungen Dritter nicht mehr nötig. Wir empfehlen eine Saldokürzung um 30 %. Das entspricht einem Betrag von 2,6 Millionen Franken.

Wortmeldung der Kommissionsmehrheit siehe Antrag 001.

S. - **10** **BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG**  
**3186 0000** **Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter im Zusammenhang mit Projektbegleitung, -beratung und Organisationsentwicklung**

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
<b>004.</b>	Antrag Stadtrat	gemäss Budgetentwurf 2014 inkl. Nachtrag			Mehrheit	Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
		2 625 600		-2 625 600	Minderheit	Präsident Roger Liebi (SVP) Referent, Dr. Daniel Regli (SVP)

Begründung: Saldokürzung um 30 %, Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle

<b>3186 0000 Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter im Zusammenhang mit Projektbegleitung, -beratung und Organisationsentwicklung</b>					
Lineare Kürzung um 30 %					
Institution	Bezeichnung	Budget bisher	Novemberbrief	Verbesserung	Budget neu
1007	Finanzkontrolle	10 000		3 000	7 000
1020	Stadtkanzlei	70 000		21 000	49 000
1560	Statistik Stadt Zürich	60 000		18 000	42 000
2000	FD Zentrale Verwaltung	110 000		33 000	77 000
2015	Finanzverwaltung	200 000		60 000	140 000
2050	Human Resources Management	356 900		107 100	249 800
2051	Stadtweites Case Management	20 000		6 000	14 000
2080	Organisation und Informatik	2 816 000		844 800	1 971 200
2500	PD Zentrale Verwaltung	77 700		23 300	54 400
2520	Stadtpolizei	145 000		43 500	101 500
2550	Schutz und Rettung	160 000		48 000	112 000
3000	GUD Zentrale Verwaltung	100 000		30 000	70 000
3010	Städtische Gesundheitsdienste	268 500		80 600	187 900
3045	Umwelt- und Gesundheitsschutz	8 400		2 500	5 900
3515	Tiefbauamt	1 600 000		480 000	1 120 000
3535	ERZ, Abwasser	37 500		11 300	26 200
3550	ERZ, Abfall	347 500		104 300	243 200
3555	ERZ, Fernwärme	18 500		5 600	12 900
3560	ERZ, Stadtreinigung	14 000		4 200	9 800
4000	HBD Zentrale Verwaltung	45 000		13 500	31 500
4015	Amt für Städtebau	113 000		33 900	79 100
4020	Amt für Hochbauten	100 000		30 000	70 000
4040	Immobilien-Bewirtschaftung	345 000		103 500	241 500

4500	DIB Zentrale Verwaltung	25 000		7 500	17 500
4525	Wasserversorgung	75 000		22 500	52 500
5000	SSD Zentrale Verwaltung	65 400		19 600	45 800
5005	Schul- und Büromaterialverwaltung	20 000		6 000	14 000
5010	Schulamt	803 500		241 100	562 400
5026	Musikschule Konservatorium Zürich	15 000		4 500	10 500
5050	Schulgesundheitsdienste	106 000		31 800	74 200
5063	Fachschule Viventa	15 000		4 500	10 500
5510	Support Sozialdepartement	30 000		9 000	21 000
5515	Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV	200 000		60 000	140 000
5520	Laufbahnzentrum	63 300		19 000	44 300
5530	Kindes- und Erw.schutzbehörde	50 000		15 000	35 000
5550	Soziale Dienste	200 000		60 000	140 000
5560	Soziale Einrichtungen und Betriebe	60 000		18 000	42 000
	<b>Total</b>	<b>8 751 200</b>		<b>2 625 600</b>	<b>6 125 600</b>

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 89 gegen 36 Stimmen zu.

#### Gemeinsame Behandlung der Anträge 005. und 006. (Postulat 2013/420)

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Walter Angst (AL)** begründet die Anträge 005. und 006. (Postulat 2013/420): Die Mehrheit der RPK schlägt vor, die Ausgaben der Organisation und Informatik Zürich (OIZ) und der Dienstabteilungen in den diversen IT-Konten von 236 auf 230 Millionen Franken zu reduzieren. Das wäre ein sinnvoller Einstieg in die Plafonierung der IT-Ausgaben. Es handelt sich um einzelne Kürzungsanträge bei der OIZ beim Konto Entschädigungen für IT-Leistungen Dritter und bei fünf Dienstabteilungen mit sehr grossen Ausgaben. Die IT-Verantwortlichen sollen durch eine Priorisierung der Projekte und eine Rückstellung definieren, wo gestrichen werden soll und mit den Zusatzkrediten entsprechend nötige Budgetübertragungen beantragen. Der Stadtrat hat sich bereits bereit erklärt, das dazugehörige Postulat entgegenzunehmen.

**Dr. Urs Egger (FDP):** Die Minderheit der RPK beantragt bei den Entschädigungen für IT-Leistungen Dritter eine Kürzung um 10 Millionen Franken. Mit der Zentralisierung im IT-Bereich sollten wir genügend eigene Ressourcen haben.

S. -	<b>10</b>	<b>BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG</b>			
	<b>3189 0000</b>	<b>Entschädigungen für IT-Leistungen Dritter</b>			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>005.</b>	Antrag Stadtrat	gemäss Budgetentwurf 2014 inkl. Nachtrag			
		10 060 800		-10 060 800	Minderheit
		6 000 000		-6 000 000	Mehrheit
					Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP)
					Walter Angst (AL) Referent, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)

Begründung: FDP/SVP: Saldokürzung um 20 %, Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle  
 AL/SP/Grüne/GLP: Der IT-Aufwand (Budget) ist bis zur Erreichung eines ausgeglichenen Budgets auf 230 Millionen gemäss Liste OIZ zu plafonieren. Die Kürzung des IT-Aufwands um 2,5 Prozent (6 von 236 Millionen) wird auf fünf Konten Entschädigungen IT-Leistungen Dritter vorgenommen. Nach der verwaltungsinternen Definition der Projekte, die gestrichen bzw. verschoben werden, sind den zuständigen Instanzen Budgetübertragungen zu beantragen.

<b>3189 0000 Entschädigungen für IT-Leistungen Dritter</b>					
(Antrag FDP/ SVP)					
Lineare Kürzung um 20 %					
Institution	Bezeichnung	Budget bisher	Novemberbrief	Verbesserung	Budget neu
1000	Gemeinde	40 000		8 000	32 000
1005	Gemeinderat	156 000		31 200	124 800
1007	Finanzkontrolle	5 000		1 000	4 000
1020	Stadtkanzlei	1 160 000		232 000	928 000
1035	Datenschutzbeauftragte/r	42 700		8 500	34 200
1070	Betreibungsämter	12 800		2 600	10 200
1080	Friedensrichterämter	12 900		2 600	10 300
1500	PRD Zentrale Verwaltung	23 000		4 600	18 400
1501	Kultur	301 000		60 200	240 800
1505	Stadtentwicklung	10 000		2 000	8 000
1530	Bevölkerungsamt	5 000		1 000	4 000
1560	Statistik Stadt Zürich	500 000		100 000	400 000
1561	Projektstab Stadtrat im PRD	5 000		1 000	4 000
1565	Stadtarchiv	140 000		28 000	112 000
2000	FD Zentrale Verwaltung	22 000		4 400	17 600
2015	Finanzverwaltung	95 000		19 000	76 000
2016	Kompetenzzentrum RVZ	20 000		4 000	16 000
2021	Liegenschaftenverwaltung	690 000		138 000	552 000
2050	Human Resources Management	366 800		73 400	293 400
2051	Stadtweites Case Management	10 000		2 000	8 000
2080	Organisation und Informatik	27 256 900		5 451 400	21 805 500
2506	Blaue Zonen	335 000		67 000	268 000
2520	Stadtpolizei	2 150 000		430 000	1 720 000
2525	Stadtrichteramt	300 000		60 000	240 000
2550	Schutz und Rettung	884 300		176 900	707 400
2555	Dienstabteilung Verkehr	290 000		58 000	232 000
3000	GUD Zentrale Verwaltung	80 000		16 000	64 000
3010	Städtische Gesundheitsdienste	150 000		30 000	120 000
3045	Umwelt- und Gesundheitsschutz	92 000		18 400	73 600
3500	TED Zentrale Verwaltung	4 000		800	3 200
3515	Tiefbauamt	500 000		100 000	400 000
3535	ERZ, Abwasser	1 348 000		269 600	1 078 400
3550	ERZ, Abfall	1 141 000		228 200	912 800
3555	ERZ, Fernwärme	340 000		68 000	272 000
3560	ERZ, Stadtreinigung	345 000		69 000	276 000
4000	HBD Zentrale Verwaltung	1 004 000		200 800	803 200
4015	Amt für Städtebau	379 000		75 800	303 200
4540	Verkehrsbetriebe	684 200		136 800	547 400
5000	SSD Zentrale Verwaltung	3 005 900		601 200	2 404 700
5010	Schulamt	495 000		99 000	396 000
5050	Schulgesundheitsdienste	2 000		400	1 600
5510	Support Sozialdepartement	2 300 000		460 000	1 840 000
5515	Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV	2 950 000		590 000	2 360 000
5530	Kindes- und Erw.schutzbehörde	650 000		130 000	520 000
	<b>Total</b>	<b>50 303 500</b>		<b>10 060 800</b>	<b>40 242 700</b>

<b>3189 0000 Entschädigungen für IT-Leistungen Dritter</b>		(Antrag AL/SP/Grüne/GLP)			
<b>Institu- tion</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Budget bisher</b>	<b>November- brief</b>	<b>Ver- besserung</b>	<b>Budget neu</b>
2080	Organisation und Informatik	27 256 900		3 000 000	24 256 900
2520	Stadtpolizei	2 150 000		750 000	1 400 000
4000	HBD Zentrale Verwaltung	1 004 000		500 000	504 000
5000	SSD Zentrale Verwaltung	3 005 900		1 250 000	1 755 900
5515	Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV	2 950 000		500 000	2 450 000
	<b>Total</b>	<b>36 366 800</b>		<b>6 000 000</b>	<b>30 366 800</b>

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat (gemäss Budgetentwurf 2014)		0 Stimmen
Antrag Mehrheit	(-6 000 000)	71 Stimmen
Antrag Minderheit	(-10 060 800)	<u>54 Stimmen</u>
Total		125 Stimmen
= absolutes Mehr		63 Stimmen

Damit ist dem Antrag Mehrheit zugestimmt.

---

#### 4572. 2013/420

##### **Postulat von Walter Angst (AL) vom 27.11.2013: Definierung eines Budget-Plafonds für alle IT-relevanten Ausgaben der laufenden Rechnung**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Wortmeldung siehe Antrag 005. (Protokoll-Nr. 4564/2013).

Walter Angst (AL) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4523/2013).

Es wird weder ein Ablehnungs- noch ein Textänderungsantrag gestellt.

Damit ist das Postulat dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

---

4564.

<b>BEHÖRDEN- UND GESAMTVERWALTUNG</b>
---------------------------------------

Antrag 007.

S. 97	10 1005 3189 0000	<b>BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG</b> <b>Gemeinderat</b> <b>Entschädigungen für IT-Leistungen Dritter</b>				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
<b>007.</b>	Antrag Stadtrat		100 000		156 000 56 000	Zustimmung Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Präsident Roger Liebi (SVP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Dr. Daniel Regli (SVP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
						Begründung: Verzicht auf Rückfragen-Tool RPK

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 125 gegen 0 Stimmen zu.

---

Antrag 008.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Roger Bartholdi (SVP):** *Es ist wichtig, dass der Gemeinderat auch auf seine eigenen Finanzen achtet. Wir sind nicht gegen die Durchführung des Gemeinderats-Präsidentenempfangs. Wir sind aber der Meinung, dass der Betrag von 10 000 Franken für 125 Personen sehr grosszügig bemessen ist. Natürlich werden auch weitere Personen oder Organisationen eingeladen. 10 000 Franken sollten aber genügen, um das Fest in gewohntem Rahmen durchführen zu können.*

**Rebekka Wyler (SP):** *Die Mehrheit der RPK ist auch dieses Jahr davon überzeugt, dass der städtische Beitrag gerechtfertigt und sinnvoll ist.*

S. 97	10 1005 3194 0101	<b>BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG</b> <b>Gemeinderat</b> <b>Gemeinderats-Präsidentenempfang im Quartier</b>				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
<b>008.</b>	Antrag Stadtrat				20 000	Mehrheit Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
			10 000		10 000	Minderheit Präsident Roger Liebi (SVP) Referent, Dr. Daniel Regli (SVP)
						Enthaltung Walter Angst (AL)
						Begründung: Halber Betrag muss angesichts der Finanzlage reichen

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 96 gegen 24 Stimmen zu.

---

Antrag 009.

S. 98	<b>10 1007 3180 0000</b>	<b>BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG Finanzkontrolle Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter</b>			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
					Stimmen
<b>009.</b>	Antrag Stadtrat			50 000	
			25 000	25 000	Zustimmung
					Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Präsident Roger Liebi (SVP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Dr. Daniel Regli (SVP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
					Begründung: Verzicht auf Reservenbudgetierung

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 123 gegen 0 Stimmen zu.

---

Antrag 010.

Kommissionsmehrheit/-minderheiten:

**Rebekka Wyler (SP):** Die Mehrheit der RPK ist der Meinung, dass der bisherige Beitrag genügen sollte und beantragt eine Kürzung von 65 000 Franken. Weitere Kürzungen beim Freien Kredit schiessen unserer Meinung nach über das Ziel hinaus.

**Walter Angst (AL):** Beim Freien Kredit ist eine deutlich höhere Kürzung als 65 000 Franken notwendig. Wir beantragen eine Kürzung von 200 000 Franken.

**Monika Erfigen (SVP):** Die SVP beantragt die Streichung des gesamten Kredits. Bei einem 8 - Milliarden-Franken-Budget sollten Kranzkosten bei Todesfällen von bedeutenden Persönlichkeiten, Fachliteratur und Kleinanschaffungen für das Büro oder Empfänge, regelmässig wiederkehrende Feiern und Ehrungen auch ordentlich budgetiert werden können. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass der Freie Kredit vom Stadtrat auch missbraucht wurde. Es wurden zu bereits im Budget eingestellten Subventionsbeiträgen zusätzlich Institutionen und Anlässe mit Beiträgen unterstützt. Der Freie Kredit ist an sich nur schwer plan- und steuerbar. Wenn der Stadtrat aber im Voraus nicht einmal weiss, was er mit dem Budgetkredit machen will, sind wir der Meinung, dass er das viele Geld auch nicht dringend benötigt.

S. 102	<b>10</b>	<b>BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG</b>			
	<b>1015</b>	<b>Stadttrat</b>			
	<b>3194 0000</b>	<b>Freier Kredit</b>			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>010.</b>	Antrag Stadtrat			700 000	
		65 000		635 000	Mehrheit
					Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
		200 000		500 000	Minderheit 1
					Walter Angst (AL) Referent, Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Urs Schmid (FDP)
		700 000		0	Minderheit 2
					Präsident Roger Liebi (SVP) Referent, Dr. Daniel Regli (SVP)
		Begründung: SVP: Nicht transparentes Konto und angesichts der Finanzlage nicht zwingend; SP/Grüne: Alter Betrag ausreichend; GLP/FDP/AL: Verzicht angesichts der Finanzlage			

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat	(700 000)	0 Stimmen
Antrag Mehrheit	(635 000)	54 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(500 000)	45 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(0)	<u>26 Stimmen</u>
Total		125 Stimmen
= absolutes Mehr		63 Stimmen

Keiner der Anträge erhält das absolute Mehr; für die 2. Abstimmung ist der Antrag des Stadtrats ausgeschieden.

2. Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Mehrheit	(635 000)	54 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(500 000)	45 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(0)	<u>26 Stimmen</u>
Total		125 Stimmen
= absolutes Mehr		63 Stimmen

Keiner der Anträge erhält das absolute Mehr; für die 3. Abstimmung ist der Antrag der Minderheit 2 ausgeschieden.

### 3. Abstimmung:

Dem Antrag der Minderheit 1 wird mit 71 gegen 54 Stimmen zugestimmt.

---

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Budgetberatung siehe Sitzung Nr. 199, Protokoll-Nr. 4564/2013).

## E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

### 4573. 2013/440

#### **Postulat von Walter Angst (AL) vom 11.12.2013: Verhaltenskodex für Vertragspartnerinnen und Vertragspartner der Stadt, standardmässige Überprüfung der Einhaltung von Gesetzen und Normen**

Von Walter Angst (AL) ist am 11. Dezember 2013 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die im Verhaltenskodex für VertragspartnerInnen der Stadt Zürich zwingend verlangte Einhaltung von Gesetzen und Normen standardmässig überprüft werden kann. Geklärt werden soll insbesondere, in welcher Form schon vor der Vergabe geklärt werden kann, ob die an der Submission teilnehmenden Firmen die geltenden Arbeits- und Lohnbedingungen einhalten. Zudem soll geklärt werden, wie die VertragspartnerInnen im Verhaltenskodex verpflichtet werden können, Lohnbuchkontrollen und deren Ergebnisse der Stadt unaufgefordert zu melden.

#### Begründung:

Im März 2010 hat der Stadtrat einen Verhaltenskodex für VertragspartnerInnen erlassen. Dieser sieht vor, dass die „geltenden Arbeitsschutzbestimmungen und Arbeitsbedingungen“ eingehalten werden (Art. 1.1.). Die dem Verhaltenskodex angehängte und von den VertragspartnerInnen zu unterzeichnende Verpflichtungserklärung sieht vor,

- dass sie/er den Verhaltenskodex der Stadt Zürich vollumfänglich und ohne Änderungen jeglicher Art akzeptiert und einhält
- dass sie/er mit geeigneten Massnahmen garantiert und sicherstellt, dass ihre/seine Subunternehmer und Zulieferanten (Dritte) den Verhaltenskodex der Stadt Zürich zur Kenntnis nehmen und einhalten
- dass die Stadt Zürich sowie eine durch diese beauftragte externe Stelle jederzeit die Vertragspartnerin/den Vertragspartner auffordern kann, Nachweise für die Einhaltung der Bestimmungen des Verhaltenskodexes vorzulegen
- dass die Stadt Zürich sowie eine durch diese beauftragte externe Stelle die Einhaltung der Bestimmungen des Verhaltenskodexes jederzeit sowohl bei der Vertragspartnerin/beim Vertragspartner als auch deren/dessen Subunternehmen und Zulieferanten (Dritte) überprüfen kann

Sowohl bei den Reinigungsarbeiten in der Kehrrechtverbrennungsanlage Hagenholz als auch bei der Stadtreinigung scheint die Stadt zwar die entsprechende Verpflichtungserklärung eingefordert, die vorgesehenen Kontrollen aber nicht durchgeführt zu haben. Um glaubhaft gegen Lohndumping und unlautere Konkurrenzierung des lokalen Gewerbes vorgehen zu können, sind die im Verhaltenskodex aufgeführten und von den VertragspartnerInnen anerkannten Kontrollen durchzuführen und Voraussetzungen zu schaffen. Zudem sind Voraussetzungen zu schaffen, dass schon bei der Vergabe geprüft werden kann, ob die Firmen die geltenden Arbeits- und Lohnbedingungen einhalten.

#### Mitteilung an den Stadtrat

Das Postulat wird auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.



## **K e n n t n i s n a h m e n**

**4574. 2013/95**

**Weisung vom 20.03.2013:**

**Liegenschaftenverwaltung, Verlängerung von zwölf vor dem Jahr 2030 ablaufenden Baurechtsverträgen mit gemeinnützigen Bauträgerschaften**

Der Stadtrat zieht die Weisung zurück.

Nächste Sitzung: 11. Dezember 2013, 17 Uhr.